

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Gezeichnet wöchentlich am Samstag.  
Gehaltspreis vierteljährlich 50 Pf., Einzelnummer 5 Pf.  
eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5472.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Hammer  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Hölderstraße 16.  
Buchvertrieb: Nr. 8800. — Postfachkontor Stuttgart 6908.

Inserationsbühne  
für die sechsgesparte Koloniezeitung oder deren Raum 50 Pf.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

## Von Jena bis Nürnberg

Stuttgart, 20. September.

Wer die sozialistische Arbeiterklasse spaltet, also ihre Widerstandsfähigkeit schwächt, der handelt revolutionär; wer sie aber vereint, also ihre Schlagkraft erhöht, der handelt evolutionär. Wenn dies richtig ist, und niemand wird dagegen Trübselig einzuwenden vermögen, dann ist die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, die sich letzten Sonntag in Nürnberg vollzog, eine revolutionäre Tat allerersten Ranges. So und nicht anders wird sie auch von den wirklich revolutionären Arbeiterschaften aller Länder bewertet. Von der bürgerlichen Presse nicht minder. Wer das Glück hatte, der Wiedervereinigung beizuwohnen, der wird sie in seiner Erinnerung weitertragen als das glücklichste, das revolutionärste Ereignis seines Lebens. Denn das war der Tag, den die besten der Klassenkämpfer seit Jahren mit all ihrer Kraft erstrebte, das war die Stunde, die Millionen von Proletariern mit aller Zubrurst ersehnt. Nun existiert nachdem die sozialistischen Köpfe, Herzen und Hände wieder vereint, kann mit der alten Begeisterung das hohe Ziel verfolgt, mit größerer Erfolgswahrsicht dem Feind der Arbeiterklasse wie der Republik widerstanden werden. Ja, jetzt ist es erst eigentlich möglich geworden, dem neuen Deutschland ein anderes, ein sozialistisches Gepräge zu geben. Eine Unsumme von geistiger und körperlicher Kraft, die bislang durch die Bruderschaft gebunden, ist nunmehr frei für die große, gemeinschaftliche Sache. Der Einfluss der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vermag sich fortan viel nachdrücklicher auf innerpolitisches wie außenpolitisches Gebiete geltend zu machen. Und für eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen, deren Erfüllung einer gespaltenen Arbeiterschaft versagt war, ist nun die Möglichkeit der Durchsetzung geschaffen. Demnach haben wir nicht bloß als Sozialisten, sondern auch als Gewerkschafter Grund in Fülle, um der Wiedervereinigung zu freuen.

Indessen, noch mehr als die andern Gewerkschaftsgenossen haben wir Metallarbeiter-Ausl. Genuigtheit über das revolutionäre Ereignis zu empfinden. Denn es bestätigt nicht nur die Richtigkeit des von unsrer Jenauer Generalversammlung eingeschlagenen Weges, sondern ist auch ein handgreiflicher Beweis für das erfolgreiche Wirken der Metallarbeiter für die proletarische Einigung. Bekanntlich ist der Metallarbeiter-Verband die erste Gewerkschaft gewesen, die — vor genau einem Jahre — die einigende Tat gewagt hat. Sie wurde damals in diesen Spalten mit folgenden Worten begleitet:

Der proletarischen Einigung eine breite Basis gebahnt zu haben, ist zweifellos die zweitauß wichtigste Tat der Jenauer Tagung, ein Ereignis von geschichtlicher Größe. Die Metallarbeiter haben damit der gesamten Arbeiterbewegung einen wichtigen Dienst erwiesen. Es wird weiter wirken von Gewerkschaft zu Gewerkschaft, von Land zu Land. Wenn man in der größten Arbeiterorganisation die Freitags begraben und ein geistiges und menschliches Gleichklangverhältnis zwischen den bislang hadernden Brüdern hergestellt ist, muss dies segensreiche Folgen im ganzen proletarischen Lager haben. Die Metallarbeiter, allmächtig in der Tordur der Arbeiterbewegung stehend, werden die ehrliche Werbetätigkeit der allgemeine, vollständige Einigung sein, besonders dann, wenn sie bei ihnen die zu Jena geschaffene Gemeinschaft innig und erfolgreich erweckt.

Dass unser Optimismus von der Weiterwirkung der zu Jena vollzogenen Einigung gleich großen Beifall gefunden hätte, läuft sich wahrhaftig nicht behaupten. Die Thomasische Ungläubigkeit hatte erhebliches gegen ihn einzuwenden und Unverständ noch mehr. Den Zweiflern und Blinden zu folgen, wäre ein Verbrechen an der heiligen Sache unserer Klasse gewesen, hätte eine strafösliche Verleugnung der Pflicht bedeutet, die die Jenauer Generalversammlung den Metallarbeitern auferlegt hatte. Es konnte sich niemand im Zweifel sein, dass das zu Jena geschürzte Band von fragwürdiger Dauerhaftigkeit war, wenn nicht bald auch die Einigung auf politischem Gebiete gelang. Bei der engen Verbindung zwischen Parteigebäude und Verbandshaus musste dessen Leben von dem Streit in jenem in Mitteleidenschaft gezogen werden. Wer da wollte, dass die eben erlangte Einigkeit im Verbande nicht wieder zerstört werde, der halte die Einigkeit auch der Parteien herbeizuführen. Ohne Partei-einigkeit stand die gewerkschaftliche Einigung auf Eisbändern. Nach dieser platten Selbstverständlichkeit hatte sich Tun und Denken der Metallarbeiter zu richten. Liebe zur proletarischen Sache und Pflichtbewusstsein geboten, den Jagdhäusern, Unschönen und ihren Geistesverwandten zum Trost für die politische Einigung weiter zu wirken. Hierzu riefen wir unsere Kollegen so eindringlich wie nur möglich drei Wochen nach Jena in einem Aussatz: Weiterwirken für die Einigung auf!

Die Metallarbeiter, die mehr denn eine andere Arbeitergruppe den Bruderstreit mit sozialistischen und moralischen Auslösen gehabt haben, die sich zu Jena um die Befreiung des Reichsreiches des Bruderstaats bemühten und die Einigung, als sie gelungen, mit großer Begeisterung bejubeln ... wie die Blüten der

politischen und gewerkschaftlichen Einigung sein. Mit dieser Aufgabe muss sofort mit allen Kräften begonnen werden, soll das zu Jena gelungene Werk nicht auf hohlem Grunde stehen ... Sie brauchen nur entschlossen zu wollen. Sie sind vermöge ihrer hohen Zahl, ihrer politischen Relevanz und ihres Einflusses auf die Parteien wohl imstande, ein ausdrucksvolles Wort zu sprechen. Wie gesagt, sie müssen wollen. Müssten wollen, um die eigene zu Jena endlich gefundene Einigung sicherzustellen.

In diesem Geiste hat die Metallarbeiter-Zeitung das ganze Jahr hindurch Woche für Woche geschrieben, haben zahlreiche Verbandskollegen landauf, landab gewirkt. Was die Tätigkeit für die Einigung unablässigt anregte, waren die unzähligen Zustimmungen aus Reich und

## Lest eure Zeitung!

Die Metallarbeiter-Zeitung dient der Aussklärung und Bildung der Mitglieder. Sie leistet alljährlich viele Missionen. Diese Missionen sind Verbandsbeiträge. Wer die Zeitung nicht liest und sie zum Lesen an Familienangehörige und Mitarbeiter nicht weitergibt, vergendet Verbandsgelder. Verbandsgelder sind die eigenen Groschen.

Glied wie die sich mahrenden Zeichen des Erbisses. Der Preis für die Mühe ist schneller gekommen, als gemeinhin angenommen wurde. Nach einem Jahr schou' an unserm Verbandsstag der Eröffnung der Parteitag der Erfüllung gefolgt. Was die Jenae Generalversammlung den Metallarbeitern, das hat die Nürnberger Tagung dem sozialistischen Proletariat gebracht: die Einigung, das ist die Voraussetzung für größere Erfolge und endlichen Sieg der proletarischen Sache. Wenn sich die Metallarbeiter darüber beschweren, so wird ihnen das kaum zu verürgen sein, da sie ihr volles Teil zu dem rotschen Gelungen des geschichtlichen Ereignisses beigetragen haben.

Wir dem Beschluss, die beiden sozialdemokratischen Parteien zu verschmelzen, ist viel, sehr viel erreicht, aber freilich noch nicht alles. Erst wenn sich zur organisierten Verschmelzung die geistige Frucht sprühen. Allein wir glauben, dass für die geistige Verschmelzung weit nicht Optimismus gerechtfertigt ist, als bei der andern. Eine einjährige Zusammenarbeit im Verband heißt einem sagen, dass in grundsätzlicher Hinsicht zwischen den bislang getrennten Sozialdemokraten nicht größere Meinungsverschiedenheit besteht wie innerhalb der besonderen Parteigemeinschaft. Dies dürfte das Zusammensein in einer Organisation sehr bald noch ausdrücklich darstellen. Und was der Brüderlichkeit nach an Einigkeit fehlen sollte, wird die Gemeinsamkeit des Strebens und der Not erbringen. Außerdem wird, das gilt besonders auch für das gewerkschaftliche Leben, durch die Parteigemeinschaft die Meinungsverschiedenheit den Stich des Planzigen verlieren. Man wird, hüben wie drüben, seine Anricht wieder sagen können, ohne gleich in den Geruch des Opponenten, des Gegners, des Parteiseindes zu kommen. Die Auseinandersetzungen werden fortan vom Geiste der Brüderlichkeit und des guten Willens, vom Glauben an die gegenseitige Ehrlichkeit des Willens getragen sein. Kurz, man wird sich wieder vertrauen, sich verstehen, sich achten, man wird sich besser kennen, mehr lieben. Eine Liebe, die die Kämpferdar in Partei und Gewerkschaft sitten wird.

Zu Nürnberg wurde der Meinung Ausdruck gegeben, die beiden Parteien würden, zwei ineinandergefundene Flüsse gleich, noch eine lange Strecke von einander zu unterscheiden sein. Das mag so unrichtig nicht sein, wenn auch in einem etwas anderen Sinne. Es ist gewiss wahrscheinlich, dass es auch in der vereinigten Partei eine Rechte und eine Linke geben wird, aber diese Flügel dürfen schwerlich mit den bisherigen Parteigemeinschaften verwandt sein. Nach der Verschmelzung wird eine Umwidmung von rechts nach links und umgekehrt eintreten, die Flügel werden weiterbestehen, aber ihre Träger werden mehr oder weniger gleichmäßig aus den beiden alten Gruppen kommen. Nicht mehr Parteibuch, sondern Bezeichnung wird für die Bezeichnungen radikal und gemäßigt den Ausdruck geben, eine Besserung, die nur vorteilhaft zu nennen ist.

Jeder einsichtige Arbeiter, jeder ehrliche Republikaner hat in der Uneinigkeit der Sozialdemokratie das größte Hemmnis des Fortschritts, eine schwere Gefahr für die Republik gesehen. Und das mit vollem Recht, denn aus der

## Zum kommunistischen Reichsbetriebsrätekongress

### An die Verbandsmitglieder!

Die wirtschaftliche Not unserer Zeit und der gegen durchgreifendere Reformen von den bürgerlichen Parteien und auch amtlichen Stellen geleistete Widerstand rast allenthalben in der Arbeiterschaft berechtigten Unwillen hervor. Selbst bürgerliche Kreise, soweit sie nicht den produzierenden und handelnden Schichten angehören, geben ihrer Entrüstung über die schamlose Auszuckerung des deutschen Volkes offen Ausdruck und fordern gleich der Arbeiterschaft ein schärferes Vorgehen gegen Bucherer, Schieber und Schlemmer.

Da aber die Ursachen der gegenwärtigen Not nur zum Tell in innerpolitischen Verhältnissen begründet sind, auf eine gründliche Besserung unserer außenpolitischen Beziehungen aber nur allmählich mit dem Fortschreiten der Entwicklung der Welt zusammenhängt und ihrer Wechselwirkungen zu hoffen ist, so fallen weite Weltkreise und vor allem die Arbeiterschaft in Tertium anheim, durch Schimpfen auf die gewerkschaftlichen Organisationen und die Regierungsstellen und durch Aussicht stets neuer und wachsender Parolen und Forderungen die Not der Zeit beheben zu können.

Ein solcher Tertium — um uns milde auszudrücken — liegt auch vor bezüglich des von der kommunistischen Partei geplanten Reichsbetriebsrätekongresses.

Wir sind an sich kein Gegner eines Betriebsrätekongresses, sind vielmehr zur ehrlichen und wirksamen Zusammenarbeit mit den Betriebsräten bereit. Dies haben wir praktisch betätigt durch die Abhaltung eines Betriebsrätekongresses für die Metallindustrie im Dezember 1921. Wir erkennen auch jetzt, dass ein Betriebsrätekongress mit Rücksicht darauf, dass nunmehr zwei Jahre seit dem ersten Kongress verflossen sind und seitdem die Aufgaben der Betriebsräte an Hinsicht und Bedeutung für das wirtschaftliche und ökonomische Leben zugenommen haben, dass weiter der immer stärkere Anstieg des Unternehmertums auf den Arbeitsmarkt sowie die unabwendbar werdende Produktionssteigerung eine Aussprache unter den Betriebsräten notwendig macht. Ebenso entschieden müssen wir jedoch Stellung gegen den von der kommunistischen Partei geplanten Betriebsrätekongress nehmen. Wir legen, im Gegensatz zu den Verhältnissen früher, Wert auf eine selbständige, von Parteien und Regierung unabhängige Gewerkschaftsbewegung. Wir können deshalb nicht zulassen, dass sich die kommunistische Partei in unsere gewerkschaftlichen Aufgaben mischt. Die Einberufung eines Betriebsrätekongresses ist

### auschließlich Sache der Gewerkschaften

im Einvernehmen mit den von ihnen geschaffenen zentralen Organen der Betriebsräte. Auch die Art der Propagierung des Betriebsrätekongresses durch die kommunistische Partei müssen wir entschieden missbilligen. Nicht in geordneter Beratung, sondern ultimativ sollen die Gewerkschaften zur Einberufung eines Betriebsrätekongresses veranlasst werden. Die Verbreitung dieses Befehls würde bedeuten die Unterordnung der Gewerkschaften unter das Sait einer bestimmten politischen Partei und zugleich das Ende jeder selbständigen Gewerkschaftsbewegung.

Dass wir diesen Bestrebungen keinen Vorwurf leisten dürfen, ist selbstverständlich. Daraus ergibt sich für alle Verbandsmitglieder die selbstverständliche Pflicht, dem kommunistischen Betriebsrätekongress und seinen Vorbereitungen unter allen Umständen fernzubleiben.

Was die Gewerkschaften zu tun haben, um der fortgesetzten Not der Arbeiterschaft entgegenzuwirken, müssen sie in vollem Einvernehmen aller beteiligten Zentralverbände und in geordneter Beratung und selbständig beschließen.

**Der Vorstand  
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.**

Bitterkeit der Sozialdemokratie entspieß die Ohnmacht der Arbeiterklasse wie die Übermacht ihrer Feinde. Die endliche glückliche Besserung der Ohnmachtsquelle macht die Größe der Begeisterung verständlich, die aus den Proletariervierteln dem Werk von Nürnberg entgegenstrahlt. Die Einigung begleitet sie mit der bestimmten Erwartung, dass aus ihr der verheißene Segen für die sozialistische Sache und die Republik spricht möge. Sie verlangen, dass nun auch die aus ihr quellende größere Kraft in größere Taten umgesetzt werde. Sie halten dafür, dass die Einigung verpflichtet. Dass sie verpflichtet zu lebhafterem Vorgehen gegen das monarchistische Geschmeiß in der Verwaltung und Kaserne, verpflichtet zu nachdrücklicheren Maßnahmen gegen das Gezücht von Preisträubern und Bucherern, verpflichtet zu einer schärferten Einigung der sozialdemokratischen Jugend- und Außenpolitik, verpflichtet zur Erfassung der Sachwerte und der Sozialisierung, kurz verpflichtet zu mehr sozialistischen Taten auf staatlichem wie wirtschaftlichem Gebiet.

# Geld- und Internationalismus und Gewerkschaftsinternationalismus

Der Wille zum Internationalismus tritt in der Gegenwart immer deutlicher zutage. Als der unglückselige Weltkrieg alle wirtschaftlichen und seelischen Fäden zerrissen hatte, die die Völker untereinander verknüpften, bot der Weltkrieg das Bild eines ungeheuren Hexenkessels, in dem es brodelte und gärte, aus dem ein Chaos geboren wurde, wie es die Welt noch niemals gesehen hätte. Die Völker zerleischten sich gegenseitig wie wilde Bestien und in leidenschaftlichem Haß suchten sie sich zu vernichten. Selbst nachdem eine Ermüdung eingetreten war und das Kriegsschwert in die Scheide gesteckt wurde, bauerte der erbitterte Vernichtungskampf mit unge schwächter Kraft fort. Die siegenden Völker suchten die besieгten rücksichtslos und erbarmungslos unter die Füße zu treten, sie schlugen ihnen die Faust an die Oxt gel, um ihnen die Lust abzudrücken. Die Folge dieses Kampfes mit „friedlichen“ Mitteln war, daß die Menschheit immer tiefer ins Elend versank, daß nicht nur in den besieгten, sondern auch in den siegenden Staaten die Lage immer verzweifelter und hoffnungsloser wurde. Aus der Erlebnis heraus, daß es so nicht weitergehen könne, falls die Kulturtwelt nicht in den Abgrund stürzen solle, erwuchs der Drang zur Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft, zur Wiederanknüpfung der Fäden zwischen den Völkern.

Die Vorbedingung für die Wiederherstellung des Weltmarktes ist die Herbeiführung einer internationalen Völkerverständigung. Eine Völkerversöhnung oder gar eine Völkerverbrüderung, wovon weltfremde Ideologen schwärmen, liegt noch in weiter Ferne, weil der Krieg viel zu viel Entzitterung und Hass aufgehäuft hat, aber was sich erreichen läßt, wenn der starke Wille vorhanden ist, das ist eine Annäherung der Völker dadurch, daß sie sich gegenseitig aussprechen und verstehen lernen. Das Proletariat hat diesen Weg sofort nach Beendigung des Krieges, ja sogar schon während des Weltkrieges eingeschlagen, nunmehr sind auch die kapitalistischen Schichten dazu übergegangen, internationale Verbindungen wieder anzuknüpfen und an das Ausland Anschluß zu suchen.

Dieser kapitalistische Internationalismus des Geldsacks beruht augenscheinlich auf dem geschäftlichen Interesse der Unternehmer des einzelnen Landes, die mit Eifer darauf aus sind, am Ausland Geld, und zwar viel Geld zu verdienen. Es sind rein selbstsüchtige Beweggründe, von denen sich das Kapital leiten läßt. Hieraus erflärt sich die Tatsache, daß die Unternehmer eines jeden Landes bestrebt sind, soviel wie möglich Waren ins Ausland zu liefern, aber so wenig wie möglich Waren vom Auslande einzuführen. Sie wollen viel Geld aus dem Auslande hereinziehen, aber wenig Geld ins Ausland abgeben. Dazu sperren sie sich gegen die Einfuhr fremder Waren ab, sofern es sich nicht um unentbehrliche Lebensmittel und Rohstoffe handelt und suchen alle andern Bedarfssortikel im eigenen Lande herzustellen. Dieses Bestreben beobachtet wir sogar in Ländern, die früher ausschließlich landwirtschaftliche Produkte lieferten, die aber jetzt dazu übergegangen sind, selbst Industrien ins Leben zu rufen, um Produkte zu erzeugen, die sie früher vom Auslande bezogen. Diese Umstellung der Weltwirtschaft hat dazu geführt, daß ein jedes Volk zunächst bestrebt ist, den Absatz der Waren im eigenen Lande zu steigern und zugleich möglichst viele Waren auszuführen, die es früher von andern Völkern kaufte. Die unvermeidliche Folge hierdurch ist die Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt. Weil die Raufstrafe der großen Massen des Volkes durch das Sinken der Sachlöhne trotz Erhöhung der Geldlöhne und durch die elenden Valutaverhältnisse ganz bedeutend gesunken ist, so darf es uns nicht wundern, daß in dem einen Lande eine Überproduktion von Waren besteht, die sich in einer Absatzstagnation, in einer Einschränkung der Produktion und Massenarbeitslosigkeit äußert und daß in einem andern Lande ein unabsehbarer Mangel an den notwendigsten Bedarfsgegenständen herrscht, der ein grauenhaftes Mahnmal mit sich bringt.

Demgegenüber betrübt der proletarische Gewerkschaftsinternationalismus auf der Interessensolidarität aller Völker und ihrer politischen Vereinigung. Weil die Proletarier der verschiedenen Länder in erster Linie den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft erkannten und ihre unheilvolle Wirkung am eigenen Leibe verhütten, sind sie früher als die kapitalistischen Schichten zu gemeinsamer Arbeit zusammengetreten. Sie haben von Anfang an versucht, die durch den Weltkrieg zerstörten Brüder zunächst unter dem Proletariat wieder anzutreffen und die organisierten Proletarier aller Länder wieder einander zu nähern, wobei sie von dem durchaus richtigen Gedanken ausgegangen, daß alle Völker gemeinsame Interessen haben, die am besten dadurch gewahrt und gefördert werden, daß das eine Volk auf das andere Süßigkeit nimmt und ihm sein Recht gibt. Die Wohlfahrt eines jeden Landes und Volkes vermögt nur dann zu gedeihen, wenn es ohne Angst und Druck und ungefähr durch frende Gewalt seine Kräfte entfalten und sich seinen Aufgaben widmen kann. Von dieser Erzähnung ausgehend haben die Vertreter der Gewerkschafts-

# Der Autokönig erzählt

## 1. Die Gründung des Unternehmens.

“କେବେ କୁଣ୍ଡଳାରେ ପାଦମୁଖ କୁଣ୍ଡଳ ଯାଏ କିମ୍ବା  
କେବେ କୁଣ୍ଡଳାରେ ପାଦମୁଖ କୁଣ୍ଡଳ ଯାଏ କିମ୍ବା”

Höchst seltsame Stunde kam die letzten Jahre der Amerika: dort habe es ein gewölkter Himmel gegeben in einigen Staaten des Westen zwischen Schloßbergzügen zum Unwetterhimmel, was einen Engel zum Stil dieser gezeichnete. Das allein wußte man die Schicksale nicht aus, denn welche Spannung von der tiefsten Tiefe der kapitalistischen Gesellschaft zu ihrer höchsten Höhe hatte man ohne Zweck der unbekannten Möglichkeiten schon verhältnisweise benannt. Was dann aber herauskam war nicht gelöst hatte, war, daß ein solcher Kapitalismus seine eigenen Kräfte benötigt, die im Grunde der Fabrikationsmethoden völlig verschwunden, einzeln verschüttet sind, nämlich doch er den 15. Februar auf ein für sich und gleichzeitig den tugendhaften Windelei eines jeden seiner dichterisch-empfingen Verleger auf fünf Dollars erhöhte und doch trotz dieser Belohnung bei Lebendigen die Spurke weiterbenutzt, die Ausverkaufung bis auf 5000 Tausend dem Tag erzielte, das Unternehmen in der Kapitalistischen Lüge seit jener Zeit mehr als eben 5000 000 Tausend auf dem Markt gehabt hatte.

Dies ist eine beständige Verfehlung der Arbeitgebergruppen mit gleichzeitiger Erhöhung der Produktion und Verarbeitung des Gewerbegebiets — ein positiver Beweis im großen für die Richtigkeit eines wichtigen sozialistischen Sollzwecks. Ein solcher Zweck kann freilich nur in einem Staate geführt werden, ins nicht, wie im alten Europa, der Segen ist das vorläufige Glück der Kirchen eingekrönt, das Gewissenstrafe nicht mit Strenge genug geahndet und der Herr schrengt sich zu etwas mehr als zu eben zuverlässigen Formen des Geldes als Lang. Ein solcher Zweck erreicht nur einer mit lebendem Geiste, der viel segnenden Form und hoher Kunst zu erzielen, was der über das Geist verzerrte, bei Willens in unzureichendem Verständnis, in dem es nicht kommen kann.

Nur zu beweisen, bis die politische Freiheit im Deutschen Kaiserreich die Stütze der Macht und des Friedens stellen wird; während

internationale einmütig eine Aufhebung des Versailler Friedensvertrags, der in Wirklichkeit kein Vertrag, sondern eine Erpressung ist, gefordert, um dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, sich von den schweren Schlägen des Weltkriegs zu erholen. Sie fordern, daß über die aus dem Kriege herreibenden Schulden ein Strich gemacht wird, daß man den besiegten Staaten Handelskredite gewährt auf der Grundlage einer internationalen Anleihe, daß man auf Gewaltmaßnahmen verzichtet und die Leistungsfähigkeit Deutschlands berücksichtigt, um auf diese Weise dem Wiedergutmachungswillen des deutschen Volkes die Bedingungsmöglichkeit zu gewähren. Sie haben dagegen protestiert, daß man dem deutschen Volke das Lebenslicht ausblasen, daß man es zum Untergange verdammen will. Die Gewerkschaftsinternationale appelliert an das Gewissen der Menschheit und an das Rechtsbewußtsein der maßgebenden Personen, damit sie endlich davon ablassen, das deutsche Volk für das zu strafen, was die Gewalthaber verschuldet haben.

Die Gewerkschaftsinternationale tritt auch ein für einen Ausbau und eine internationale Regelung des Arbeitsschutzes durch Vereinbarungen, für die Regelung des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit und der andern Arbeitsbedingungen, sie verlangt ein internationales Arbeitstrecht. Auf diese Weise will sie annähernd gleiche Produktionsbedingungen in den einzelnen Ländern schaffen, damit das eine Volk nicht imstande ist, auf Kosten seiner eigenen Arbeiterschaft dem andern Volke Schutzkonkurrenz zu machen. Soll ein wirklicher friedlicher Weltbewerb auf dem Weltmarkt vor sich gehen, so darf ein Volk weder in einer drückenden Schuldnechtschaft gehalten werden, noch darf es die Möglichkeit haben, durch Ausbeutung eines fremden Volkes und seines eigenen Proletariats jede Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Die von der Gewerkschaftsinternationale vorgeschlagenen Maßnahmen liegen aber nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern auch des gesamten Wirtschaftslebens, das natürlich nicht im Sinne des Kapitalismus, sondern des Sozialismus wieder aufgebaut werden soll. Daraus ergibt sich, daß ihr Wirtschaftsprogramm sich von dem Wirtschaftsprogramm der Kapitalisten und der kapitalistisch verseuchten Regierungen dadurch wesentlich unterscheidet, daß es seine Quelle nicht hat in der Selbstsucht und Profitgier, sondern in der Gerechtigkeit und dem Solidarismus.

## **Wiederaufbau-Geschäfte**

Wir stehen im Zeichen der Wiederaufbauverträge. Nach der Veröffentlichung des Stinnes-Lüders-Akkommens schließen in allen Teilen Deutschlands Wiederaufbaugesellschaften wie Pilze aus der Erde. Der während des Krieges entstandene Lehrer- v. Siemens-Konzern, der etwa 40 Unternehmungen der deutschen Baustoffindustrie umfasst, hat bereits mit französischen Unternehmergruppen einen Wiederaufbauvertrag geschlossen. In München wurde vor einigen Tagen eine Wiederaufbaugesellschaft gegründet, der führende Firmen der Kohlen-, Metall-, Eisen-, Holz-, Maschinen- und Motorenindustrie angehören. Diese Gesellschaft soll bereits Lieferungsverträge mit Frankreich, Belgien und Südtirol abgeschlossen haben. Der Sicheler-Lorzenzgruppe gründete eine Westdeutsche Bau- und Industriegruppe d. m. b. h., die ebenfalls Arbeiten in Nordfrankreich ausführen soll. Mit weiteren bestätigen Gründungen ist zu rechnen, da die herannahende Wirtschaftskrise die meisten deutschen Industrieländern tödigt, sie noch lustiger umzusuchen. Es ist bemerkenswert, daß die diese Wiederaufbaugesellschaften schwäbisch doch das noch vor wenigen Monaten fast angefeindete Blesbadener Abkommen zurückgenommen haben. Allerdings wird die Sozialität jetzt rein kapitalistisch aufgezogen, während Rathenau seinerzeit das Blesbadener Abkommen in der Absicht gestanden brachte, bei Wiederaufbau Nordfrankreichs im Sinne eines gemeinschaftlichen und der Werthöhung die endenden Hilfswelten zu betreiben. Es wird die Aufgabe der deutschen und französischen Arbeiterschaft sein, darüber zu wachen, daß diese Wiederaufbaugesellschaften nicht bei Verstärkung einzelner Großkapitalisten nutzbar gemacht werden. Andenklich dürfte sich zum Tag des Kriegs- und Revolutionsgewinns nach der Reparation von 9 Milliarden gesellen. An üblichen Sumpfplatten besitzt in Deutschland wahrscheinlich kein Mangel. Der kapitalistische Charakter der Wiederaufbaugesellschaften kann jedoch für die deutsche Arbeiterschaft kein Grund sein, diesen Unternehmungen gegenüber den vorherhin eine Stellung einzunehmen. Es ist zu befürchten, daß die in Betracht kommenden Konzerne über einen mit eingespielten kaufmännischen und technischen Apparat verfügen, der eine roste und glatte Abwicklung der Sachleistungen gewährleistet. Außerdem ist zu bedenken, daß die übernommenen Arbeiten einen großen Kapitalaufwand erfordern, der angebracht ist in Deutschland herrschenden Geld- und Kreditnot nicht leicht zu beschaffen ist. Die vorerwähnten Gesellschaften sind selbst mit außerordentlich großem Staatskapital gegründet, sie rühen sich aber auf die monatlichen und technischen Betriebsmittel der hinter ihnen stehenden Konzerne, die ihrerseits wieder ausschließlich Kapital für die Wiederaufbauprojekte ausgeben. Demgegenüber befinden sich die rein genossenschaftlichen Organisationen bei den jetzigen Zeiten immerhin in einer schwierigeren Lage, da ihnen die Beschaffung der erforderlichen Kapitalien und vor allem eines leistungsfähigen Produktionsapparates sehr erschwert ist. Auch bei den vom Großkapital eingeleiteten Wiederaufbaugesellschaften können die Interessen der Arbeiterschaft gewahrt bleiben, wenn die in Betracht kommenden Gewerkschaften und Betriebsräte eine soziale Ausgestaltung auf dem Boden finden. Dann wird

in das Geheimnis des Erfolges des Ford'schen Unternehmens? Wie werden und führen seine Arbeiter? Welches ist die Organisation des Liebenheiterwerkes, welches der Geist, der ihn fördert und leitet?

Der Name ist nach zweckdässiger Antwort auf solche Fragen ließ ich den gesamtschweizerischen Kollegen nicht zwischen den großen Reichen fortsetzen. Allein die, die sonst in der Beantwortung von Briefen die Rundschau selbst sich sind, wurden mit einem Maie sammelnd übergeben eine Antwort, die mehr Fragen aufgab, als erklärte. Zuweilen waren Schätzungen europäischer Autoren-Nachrichten Blide in das Ford'sche Unternehmen kam. Grades, sie waren zu kurz, zu oberflächlich, um sich ein Urteil zu bilden.

Dem Differenzkurst kommt jetzt eine Schätzung zu Hilfe, die einen gerungenen zum Verfasser hat als Henry Ford, den Autobiographen selbst. In einfachen, ungehobelten, leidenschaftlichen Sätzen, in der Sprache der Freiheit erzählt er seine Lebensgeschichte. Wie er — 1863 — auf einer Farm im Staate Michigan als Bewohnerin seiner Elternsiedlung begann, Maschinenarbeiter und Werkzeug zum Spielzeug machte, sich als Schuljunge im Warenhandel übte, wie er den ersten Dreijährigen Job, der ihm mit einem Schlag die Entwicklung eines jugendlichen Charakters möglich erschien ließ, die namensschändliche Schieberei der Donets vom Meisen und Blut auf

So leicht und geliebt es auch für den Werkarbeiter sein mag, die Schaufel und Schauflage jetzt mit dem Dampftragen, dann mit der geschnellten Schauflage" (auf die der Explosionsleiter durch eine spezielle Schrift gelenkt wurde), dann der Staubj mit den "Spatzern", die hierüber die Unmöglichkeit des Schaufelns nachwiesen, und noch manches andere lernen zu lassen, wir müssen all das übergehen. Der lange Raum mag für das aufgespart werden, was vom Gewerbeleiter als Stumpfer wie als Kräger der lustigen Wirt-chaft bejubelt von Nutzen sein kann. Schauflage sei, bessern Ver-standes halber, noch kurz die Erziehung bei gewöhnlichen Sieden-chen mit einer Säge erläutert.

Sie Stärke des Geschäftlichen Erfolges begann eigentlich erst anfangs der 90er Jahre zu steigen. Aber zu jener Zeit fehlte noch ein Motiv, das einen breiten Bevölkerungsschichten Reize und Anreize bot. Das war die unbekannte, aber gewiss interessante Welt des Internet- und Intranet-Handels.

das von den Arbeitnehmern schon seit langem angestreute Ziel einer  
Vollbarmachung deutscher Produktionsmittel und Arbeitskräfte für  
die Wiedergutmachung der Kriegsschäden sich zum Besten aller Be-  
teiligten erreichen lassen. In dem Maße, wie wir die zerstörten Ge-  
biete Nordfrankreichs wieder aufbauen helfen, betreiben wir erfolgreich  
den Abbau des Völkerhauses. Für den deutschen Arbeits-  
markt können sich aber aus den Wiederaufbauplänen weitgehende  
Möglichkeiten einer produktiven Erwerbspflege für Sorge ergeben.

# Kohlenraub an Deutschland

Die Kohlenlieferungen, die Deutschland, obwohl seine gegenwärtige Kohlenproduktion nur etwa zwei Drittel der Friedensproduktion beträgt, auf Grund des Diktats von Spa an die Entente-Staaten leisten muß, sind durch die Kohlenlage der Empfangsländer schon lange nicht mehr geteichert. Frankreich treibt schon seit längerer Zeit einen Handel mit billiger deutscher Reparationskohle, weil es die Kohlemengen nicht alle im Innern seines Gebiets verbrauchen kann. Die französischen Bergarbeiter müssen feiern, während wir soviel Kohlen an Frankreich abgeben müssen, daß wir vom Auslande Kohlen für Industrie und Eisenbahn einzuführen gezwungen sind. Auch in Belgien herrscht großer Kohlenüberschuß, weil man den Deutschen trotz ihrer Not fortgesetzte Kohlenlieferungen abverlangt. Nach den letzten statistischen Feststellungen Belgien's hatte der belgische Kohlenbergbau bereits im Jahre 1921 wieder die Höhe der Friedensförderung erreicht, und zwar wurden 21,2 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Die Monatsergebnisse dieses Jahres lassen erkennen, daß die diesjährige Produktion sich auf vergleichbare Höhe hält. Wichtig und bezeichnend ist, daß die Vorräte auf den Halden der belgischen Gruben von Monat zu Monat größer werden. Im Januar 1921 betragen die Haldenbestände 316 714 Tonnen, im Juli 1921 550 030 Tonnen, im Januar 1922 913 390 Tonnen und im Juli 1922 1 244 700 Tonnen. Die Bestände haben sich also im Laufe von anderthalb Jahren vervierfacht.

Belgien zeigt alle Merkmale des Kohlenüberschusses und die belgischen Bergarbeiter haben darunter zu leiden. Der sozialistische „Peuple“ schreibt dazu, daß dieser Überschuss zum größten Teil auf den deutschen Zwangslieferungen entstanden sei. Es wäre vernünftig, daß betattige Reparationslieferungen sich nach den Bedürfnissen des Empfangslandes richten, es sei aber widerständig, von einem Lande die Lieferung eines Erzeugnisses zu verlangen, das man selbst schon im Überschub besitze. Seit 18 Monaten werde in den belgischen Kohlengruben gefeiert und seit dieser Zeit hätten die belgischen Bergleute infolge der durch die deutschen Lieferungen verursachten Anhäufungen der Kohlenstapel mindestens 1,6 Millionen Arbeitstage und einen Lohnausfall von 38 Millionen Franken verloren. Eine deutlichere Charakterisierung der uns Deutschen auferlegten Kohlenlieferungen als Kohlerraub an Deutschland ist kaum denkbar.

## Aus dem Hultschiner Ländchen

Man schreibt dem Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst: Die Bauarbeiter, welche die Mehrheit der Gultschiner Bevölkerung bilden, befinden sich in einer halb an Verzweiflung grenzenden Lage. Ist doch der größte Teil von ihnen gezwungen, nach Oberschlesien oder weiter ins Reichsinnere Woche für Woche zu wandern, um sich das Nötige zum Leben zu verdienen. Das neue Vaterland, die glorreiche Tschechei, in die man die Gultschiner gegen ihren Willen gebracht hat, ist nicht in der Lage, den Brüdern, wie man die Gultschiner vor der Befreiung durch die Tschechen nannte (nach der Befreiung aber bezeichnete man sie als Heloten und Judenknechten), etwas Beschäftigung und Brot zu geben. Statt letzterem hat man Ertrag in Form von Maschinengewehren und Wasonetten. Vor einigen Tagen ist eine größere Anzahl Gultschiner Bauarbeiter, welche im polnisch gewordenen Oberschlesien beschäftigt waren, auf Grund der neuen Bahnhofierigkeiten arbeitslos geworden. Sie wählten eine Deputation, welche sie zum Bezirkshauptmann Herrn Eichta nach Gultschin schickten, wo sie Hilfe verlangten. Aber man hatte sich bitter getäuscht. Herr Eichta schüttelte mit den Schultern und sagte: „Wir können Euch augenzüglich keine Arbeit geben. Die Kasse ist einmal da und die müssen wir alle gemeinschaftlich ertragen.“

Ferner berührte Herr Eichta die Deputation mit dem Schulneubau in Gultschin, worauf man schon bereits vor einem Jahre die Gultschiner Bauarbeiter verzögert hat. Die Deputation sah das nur als einen Versuch zu schneller Abfertigung an und erklärte dem Bezirkshauptmann folgendes: „Sie brauchen sich nicht zu wundern, wenn die Gultschiner Bevölkerung sich heute einer Organisation anschließt, welche für das Selbstbestimmungsrecht der Gultschiner kämpft. Außerdem müssen Sie sich nicht wundern, wenn der Grad der Verzweiflung in die Arbeitermassen eingreift, welcher vielleicht auch viel mit Ihrer Ebelvaluta zu tun hat, und die Leute vielleicht zu einer Selbsthilfe greifen. Sind Sie nicht in der Lage, uns Brot und Beschäftigung zu geben, dann treten Sie uns ab aus altem Vaterland, die deutsche Republik, dann sind wir versorgt.“ Da sprang Herr Eichta auf und brüllte die Deputation an: „Das wird nicht geschehen. Auch nicht durch einen Krieg. Sagen Sie Ihren Kollegen, daß die Regierung in Berlin kein böhmen Interesse für Euch gehabt hat und auch bis heute nicht hat. Und greifen die Leute zur Selbsthilfe, dann werden wir es nach preußischem Muster verstellen, indem wir Wasonette und Maschinen gewehre ergreifen.“ Mit diesem Moment war die Deputation abgesetzt und ging nach Hause mit dem starken Bewußtsein, daß sie erst recht für das Selbstbestimmungsrecht kämpfen müsse. Die Parole des letzten Gultschiners ist und bleibt: Man hat uns verschachert und beschafft wie ein Stück Fleisch und wir werden nicht nachlassen, die große Öffentlichkeit auf unser heutiges trauriges Los aufmerksam zu machen. Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht.

auch imstande. Mit einem Kollegen baute er einen Wagen mit vier Zylindern und 80 Pferdestäßen. Eine solche Stärke galt damals als unerhörte. Die Gelenkstange dieses Ungetüms — das Steuertad war noch unbearbeitet — zu halten, heischte die Kraft eines starken Mannes, daß Getöse der vier Zylinder hätte einen Durchschnittsmenschen auf dem Hinterkopf werfen können. Wer nun sollte diesen Höllenkarren beim Rennen fahren? Da weder Ford noch sein Kollege einen Hals zuviel hatten, wandten sie sich an einen Berufsfahrtfahrt, der vom Rennnen und für Schnelligkeit lebte. Er wurde aus dem wilden Westen herbeitelegraphiert und angelemt. Als die Stunde des Rennens herannahm, wurde es selbst dem tollkühnen Wildwesten garstig zumute. Er bewahrte indes Haltung. „Well,“ sagte er, als er sich mit das Wettrennen in den Wagen setzte, „dieser Höllenkarren kann mich zum Teufel fahren, aber die Leute sollen wenigstens sagen, er fuhr wie der Teufel über den Mond hinab.“ Einer Vergnügungsschicht von dieser Art zeigten sich die anderen Wettkämpfer nicht gewachsen. Eine Meile vor dem nächsten Kurvenende der Rennstrecke mit seinem Wildwesten durchs Ziel. Der forschende Wagen hatte, was Schnelligkeit anbelangt, glänzend gesiegelt.

Eine Woche später wurde die Ford-Motor-Company mit einem Kapital von 100 000 Dollar gegründet, wovon nur ein kleiner Teil eingezahlt war. „Das war das einzige Geld, was wir von fremden Leuten nahmen.“ Ford war Zeichner, Meister, Direktor der neuen Gesellschaft. Das Geschäft blühte. Mit einer Fördermenge von 100 Wagen den Tag hielt der junge Fabrikant seinen Urtypus nur wenig erfüllt; er wollte es auf 1000 den Tag bringen. Das war entschieden mehr als die Geschäftsteilhaber vertreten konnten. Sie erwogen, dass Getriebe in Kauf zu nehmen, um Ford, den sie für überzeugend hielten,

Wurde somit die Hoch-Gesellschaft im ersten Jahre 1708 Bogen zu je 850 bis 950 Dollar abschicken, doch ließ der Erfolg die Schwächen des Erzeugnisses nicht übersehen. Vor allem war es zu schwer, zu plump. Ford meinte, die allerschönsten Dinge in der Welt seien die ohne überflüssiges Gewicht; der Geist eines Menschen, der es zu etwas bringe, sei leicht, heimlich, stark. Stärke sei nicht gleichbedeutend mit Schwere. Dem Versuch, die Motorteile billiger, leichter, dauerhafter zu machen, kam ein Zusatz zu Hilfe. Bei einem Menschen sind Ford

# WELTSCHAU

## Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei

Durch eine Reihe von Finanzmaßnahmen hat es die tschechoslowakische Regierung verstanden, das Zahlungsmittel ihres Landes als einziges in ganz Mitteleuropa dem allgemeinen Zusammenbruch zu entziehen. Während österreichische Krone, Steiermark, Polenmark, ungarische Krone, in letzter Zeit sogar Lei und Dinar auf den internationalen Märkten im Wert heruntergingen, hat die tschechische Krone nach einem gewissen Tiefland, den sie Ende des vergangenen Jahres mit etwa 5 Centimes erreichte, ihre Wertung ständig verbessert und steht heute auf rund 19 Schweizer Centimes, nachdem sie bereits auf fast 20 oben war. Zweierlei hat hier mitgewirkt: zunächst Finanzmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung selbst, die durch Konzentrale im Ausland den Kurs zu heben bemüht war, andererseits die Einwirkung der internationale Spekulation. Nachdem die reichsdeutsche Mark das Schicksal der österreichischen Krone geteilt hatte, ist sie, die früher das Hauptobjekt der Spekulation war, offenbar aus ihren Berechnungen ausgeschlossen. Jedenfalls ein Zahlungsmittel in Mitteleuropa wird aber von ihr gebraucht und so führt sie sich eben auf die tschechoslowakische Krone, deren Wert bald weit höher gehoben wurde, als es den Wirtschaftspolitikern der Tschechoslowakei recht war. Man hatte mit einem durchschnittlichen Kurs von 10 (Schweizer) Centimes gerechnet und tatsächlich mag ein solcher Kurs, vielleicht sogar noch einige Punkte höher, dem inneren Kaufwert der Krone entsprechen. Nun aber der Kurs statt auf 10 auf nahezu 20 Centimes steht, verschobt das wesentlich das wirtschaftliche Bild und wir sehen denn auch, daß die Kurssteigerung in Wahrheit zu einem Unglück für das Land geworden ist.

Der Hauptkonkurrent der tschechoslowakischen Industrie ist Deutschland. Nun ist Deutschland zweifach gegenüber der Tschechoslowakei im Vorteil: erstmals durch die seit jeher bessere technische Ausgestaltung seiner Werke, durch die besseren Arbeitsmethoden usw., andererseits aber durch den Stand seiner Valuta. Wenn es auch richtig ist, daß die niedrige Valuta eines Landes die Preise hinaufstößt, so können andererseits durch eine übermäßige Unterbewertung, wie sie eben gegenwärtig in Deutschland zweifellos zu verzeichnen ist, auf lange Zeit diese Wirkungen der niedrigen Valuta aufgehoben werden. Und nachdem gerade zur gleichen Zeit, da die reichsdeutsche Mark in ihrem Wert so stark sank, die tschechische Krone zu allem Überfluß auf den neutralen Werten im Wege stieg, so vergrößerte sich die Spannung zwischen Mark und Krone derart, daß die tschechoslowakische Industrie vollständig außerstande war, die Konkurrenz mit Deutschland aufzunehmen oder durchzuhalten. Es fehlt ein ungeheuerlicher gehender Ausverkauf Deutschlands ein, der besonders zur Zeit, da die tschechische Krone auf nahezu 70 stand, wahre Orgien setzte und dabei die heimische Industrie zugrunde rückte. Während in Deutschland von Tag zu Tag die Zahl der Arbeitslosen sank, der Bedarf an Arbeitern kaum gedeckt werden konnte, stieg die Arbeitslosenziffer in der Tschechoslowakei ins Phantastische. Ganze Industriezweige wurden vollständig lahmgelegt, in erster Linie begreiflicherweise die Exportindustrie.

Ganz bedenklich sieht es aber mit den beiden tragenden Pfeilern der Wirtschaft, der Kohlen- und Eisenindustrie aus. Die Tschechoslowakei fördert im Übermaß Kohlen, die sie nur durch Ausfuhr nutzbringend verwenden kann. Solange eine internationale Kohlemotiv herrschte, war es natürlich nicht schwer, die Kohle loszuwerden und es weiß da besonders Österreich ein Bied davon zu sorgen, welche Bettelei nötig war, um für schweres Geld minderwertige Kohlensorten zu bekommen.

Heute haben sich nun die Verhältnisse wesentlich geändert. Man bekommt überall genug gute Kohle und so besiegt Österreich viel lieber einen Teil seiner Kohle aus — England statt aus den benachbarten tschechoslowakischen Revieren — die Steinkohle aus Mährisch-Ostrau, die Braunkohle aus Nordwestböhmen — zu beziehen, nimmt es ebenfalls lieber seine Kohle aus England, weil sie eben von dort billiger ist. Ja, es haben sich sogar Fälle ereignet, daß tschechoslowakische Eisenwerke, um nur produzieren zu können, Kohle und besonders Röls aus England einzuholen, statt ihn von den Ostrauer Halden, wo 1½ Millionen Doppelzentner liegen, zu bezahlen.

Die Ursache dieser rostlosen Verhältnisse liegt in der Wirtschaftspolitik der tschechoslowakischen Regierung, die auf die Kohle

eine Steuer von 30 Prozent gelegt hat, wodurch eine riesige Versteuerung eingetreten ist. Dazu kommen ganz ungeschickte Eisenbahntarife, die das Produkt oft um das Doppelte seines Preises verteuern. Die Folge ist eben eine vollständige Stockung der wichtigsten Industriezweige, eben der Kohlen- und Eisenindustrie. Heute stehen Tausende von Bergarbeitern besonders im Ostrauer Steinkohlenrevier auf der Straße und eben geht eine Meldung durch die Presse, daß die Gewerke planen, von der 46 000 Mann zählenden Belegschaft etwa 10 000 zu entlassen. Von den 27 Hochöfen der Republik sind nur drei in Betrieb. Die größten Werke haben Tausende von Arbeitern entlassen, viele Tausende arbeiten nur einen Bruchteil ihrer gewöhnlichen Arbeitszeit.

Amtlich wird die Zahl der Arbeitslosen derzeit auf rund 170 000 geschätzt, von denen nach ebenfalls amtlichen Angaben nur 70 000 die Arbeitslosenunterstützung, die überdies völlig ungenügend ist, beziehen. Nach Schätzung von wirtschaftlichen Kreisen wird die Zahl der Arbeitslosen mit rund 800 000 bezeichnet. Man wird nicht allzuweit vom Zielpunkt entfernt sein, wenn man die Zahl der Ganz- und Teilarbeitslosen mit mindestens einer Million einschätzt. Rechnet man die Familienangehörigen dazu, so ergibt sich die große Zahl von mindestens drei Millionen Menschen — von insgesamt 13½ Millionen Einwohnern — die von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

Die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien tun begreiflicherweise alles, um die Notlage der Arbeiterschaft zu mildern. Bereits am 5. Juni fand eine gemeinsame Sitzung der drei Gewerkschaftszentralen — der tschechoslowakischen, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der tschechischen Nationalsozialisten — statt, in der an die Regierung eine Reihe von Forderungen gestellt wurde. Die Regierung ließ lange genug auf sich warten und antwortete schließlich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem sie verschiedene wirtschaftliche Maßnahmen, wie Herabsetzung der Eisenbahntarife, der Zölle usw., sowie eine energische Förderung des Preisabbau versprach. Man muß gerechterweise sagen, daß ein gewisser Abbau der Preise eingesetzt hat; daß besonders die Lebensmittel um rund 10 v. H. in einem Monat billiger wurden, während bei den Bedarfsartikeln der Abbau knapp 3 v. H. beträgt. Allein selbst diese Preisreduktionen stehen in keinem Einklang mit der Valutasteigerung, die nahezu 100 v. H. beträgt. So muß die Aktion energisch weitergeführt werden.

Was aber die Arbeiterschaft am meisten in Erbitterung versetzt, ist der Umstand, daß die Unternehmer die trübe Zeit zu einem Generalangriff auf die Löhne auszunützen bestrebt sind. Der Centralverband der tschechischen und der deutschen Unternehmer hat die Parole eines Ausgleichs der Löhne mit der Valuta herausgegeben und flugs sind alle Verträge gekündigt und Lohnreduktionen von 25 bis 40 v. H. und mehr verlangt worden. Nahezu alle Verträge aller Branchen sind heute gekündigt und die Gewerkschaften stehen mitten in den Verhandlungen. Es wird Sache der Regierung sein müssen, daß sie die Lustige der Unternehmer ein wenig dämpft, denn sonst könnte sie es erleben, daß die mit Recht aufgebrachte Arbeiterschaft ihren Zorn gegen sie, die Regierung, wendet. Man kann nicht umhin zu gestehen, daß das Gejammer der Industriellen über die Krise nur ein Vorwand zur Durchführung des Lohnabbau ist. Übrigens haben sie schon ausgesprochen, daß die Massenentlassungen nicht eintreten werden, wenn die Arbeiter einer Lohnkürzung zustimmen. In praktischen Beispielen für diese Aussicht fehlt es nicht. Die Arbeiterschaft ist selbstverständlich nicht geneillt, solches Treiben über sich ergehen zu lassen. Die Regierung hat versprochen, allen Betriebsausschüssen die Kontrolle über unberechtigte Betriebsinstellungen und Reduktionen zu übertragen. Es wäre auf alle Fälle an der Zeit, etwas zu unternehmen, um der Not und ihrer Ausnützung durch die Unternehmer zu steuern, sollen nicht Entladungen des Volkszornes das Wirtschaftsleben noch mehr erschüttern, als es ohnehin schon der Fall ist.

Josef Belina, Aussig.

## Das Schweizer Sozialistengesetz verworfen

Die schweizerische Arbeiterschaft hat einen bedeutenden Sieg über die Reaktion errungen. Die durch die Ungunst der Valutaverhältnisse für die Schweiz erzeugte miserable wirtschaftliche Lage dilniert den schweizerischen Reaktionären der geeignete Zeitpunkt, ein Buchthaus gleich dem deutschen Sozialistengesetz fertigen Gedanken, durchzubringen. Der Volksentscheid sollte dazu herhalten. Der Schweizer Bundesrat Häberlin brachte im Bundesrat, der eine reaktionäre bürgerliche Mehrheit besitzt, einen Reformvorschlag für verschiedene Artikel des Bundesstrafrechts ein, die sich öffentlich und ausschließlich gegen die organisierte Arbeiterschaft richten, die sogenannte Ley Häberlin. Sie war nichts anderes als der Ausdruck der

herrschen Revolutionssucht und des Arbeiterschusses des schweizerischen Bürgertums.

Politischer Streit und revolutionäre Propaganda, diese zwei Waffen des Klassenkampfes sollten dem Proletariat mit diesem Gesetz entwunden werden. Das Gesetz erklärte jeden Streik politischen Charakters für Hochverrat, vor allem den Streik in den lebenswichtigsten, in allen Staats- und Gemeindebetrieben, wobei der Begriff des „Lebenswichtig“ so weit gesetzt war, daß zum Beispiel die Rehlabattuhr in einem Gesetz als lebenswichtig ausdrücklich genannt wird und es übrigens der Einsicht der Richter angezeigt wurde, festzustellen, ob irgend ein Betrieb lebenswichtig in einem gegebenen Augenblick sei oder nicht. Das Gesetz machte es jedem öffentlichen Beamten zur Pflicht, sogar über die Vorbereitung eines solchen „Hochverrats“ sofort Anzeige zu erstattem, und legte, um ein Spiegel und Denunziantenfeind heranzuziehen, gegen das sich das Selbstbewußtsein jedes anständigen Menschen ausschrennen mußte, auf die Verfassung eine Buchthausstrafe von einem Jahr. Es wollte nicht nur die Tat, sondern schon jede Vorbereitung, auch dann, wenn sie nur aus Besprechungen, Planen machen würden, bestraft, als Hochverrat mit Buchthaus nicht unter drei Monaten bestraft, also Hochverrat mit Buchthaus nicht unter drei Monaten bestraft.

Während also der Eisenbahnerbeamte, der bei einem Generalstreik proletarische Solidarität übt, als gemeiner Verbrecher ins Buchthaus kommt sollte, forderte das Gesetz den Spießbürgert geradezu auf, meine Garden aufzuketten. Eine ganze Reihe solcher Gesetzesparagraphen sollte nicht allein die politische Bewegung des Proletariats, sondern, durch die unbestimmt Hoffnung des ganzen Gesetzes, auch die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter fesseln. Es war ein Klassegesetz im engsten Sinn des Wortes, das der Reaktion eine entfesselte Waffe zur Niederschlagung der sozialistischen Bewegung und zur Ausbeutung der Arbeiter in die Hände gegeben hätte.

Nach schweizerischem Recht unterlag dieses vom Bundesrat angenommene Gesetz der Urabstimmung des gesamten Volkes. Mit 372 000 gegen 300 000 Stimmen wurde die Ley Häberlin vom souveränen Volk verworfen, so daß sie niemals Gesetz und das kämpfende Proletariat schädigen wird.

## Die Gewerkschaftsbewegung der Welt

In einem belgischen Blatt finden wir eine Auflistung der zahlensmäßigen Stärke der Gewerkschaften aller Länder mit deren Organisationsfähigkeit. Industriebevölkerung, welche letztere einer französischen Statistik vom Jahre 1910 entnommen ist. Wir haben einige Zahlen nach den neuesten Erfahrungen geändert, unter andern die von Polen und der Tschechoslowakei. Die Zahlen in der ersten Spalte enthalten nur die Industriearbeiter ohne deren Familienangehörigen. Die Landarbeiter sind mangels zuverlässiger Angaben fortgelassen, desgleichen daß leitende Personal der Industrie und die öffentlichen Beamten. Die Zahlen der anderen drei Spalten (Mitgliederbestand) sind die, welche des Internationale Arbeitsamt in seinen Veröffentlichungen gebracht hat. Industriebevölkerung und gewerkschaftliche Mitgliedschaft

	Geburtsjahr	Mitglieds-Anzahl a. d. Christl. Gesellschaft 1910	Mitglieds-Anzahl a. d. Christl. Gesellschaft 1920	Mitglieds-Anzahl a. d. Christl. Gesellschaft 1921
Deutschland	12155000	9000000	7860000	1788000
England	11061000	8024000	6500000	—
Australien	798000	684000	—	—
Österreich	1500000	890000	1079000	123000
Belgien	1580000	920000	706000	902000
Bulgarien	189000	86000	—*	—
Kanada	1080000	374000	878000	—
Dänemark	827000	360000	20000	—
Spanien	—	211000	243000	—
Ungarn	14786000	5179000	—*	—
Finnland	102000	59000	—*	—
Frankreich	7486000	2000000	600000	129000
Griechenland	208000	170000	—	—
Ungarn	1800000	349000	152000	118000
Indien	—	500000	—*	—
Italien	4912000	3100000	2300000	1052000
Japan	—	500000	—	—
Luxemburg	52000	—	27000	500
Norwegen	294000	142600	116000	—
Newzealand	175000	83000	—*	—
Holland	969000	888000	211000	125000
Polen	(4411895)	947000	1100000	—
Portugal	520000	100000	—*	—
Rumänien	—	90000	—*	—
Australien	5255000(?)	5200000(?)	—*	—
Ungarn	73000	50000	50000	—
Schweden	545000	339000	300000	22500
Schweiz	900000	292000	223000	15000
Tschechoslowakei	(2077114)	800000	624000	14000
	41156000	21466000	8564000	

\* Nicht der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angegeschlossen.

## 2. Seidermann Autobesitzer.

Niedrige Preise, hohe Löhne und gefüllige Füllte führen zum Erfolg.

Ein einleitender Aufsatz wurde schon erwähnt, daß das Auto, um es zum Massenprodukt werden zu lassen, äußerst billig, unabdingbar dauerhaft und sehr leicht zu handhaben sein müsse. Diese Erfordernisse bedingen eine neue, rationellere Grundlage der Erzeugung, bedingen auch die Durchbringung des Produktionsprozesses, wie des Verkaufs mit neuem führendem Geiste. Wie es darin in dem Meisterwerk Fords beschaffen ist, soll dieser nun selbst darlegen:

Ich habe niemals, so sagt er, die Produktionskosten für unveränderlich gehalten. Zuerst verminderte ich den Preis sowohl, wie ich glaube, daß daraus weiterer Erfolg spricht. Die Sorge um die Deckung der Kosten qualità mich nicht, weil sie durch den neuen Preis verhindert werden. Gleichzeitig trug die Zahlung von hoher Löhnen zur Verminderung der Kosten bei, da sie den Arbeitern immer leistungsfähiger dadurch machen, daß sie ihn von Zukunft Sorgen befreien. Die Zahlung von fünf Dollar für die achtstündige Arbeitszeit war einer meiner erfolgreichsten Schritte zur Kostenverminderung. Und der Tagelohn von sechs Dollar wird noch billiger sein als der von fünf.

Die Auffassung ist bei den Geschäftleuten allgemein, die Kosten müssen hochgehalten werden. Das Gegenteil ist richtig, denn gutes Geschäft = starke Konsumtion hängt von der Verminderung des Preises ab. Es wird als gute Geschäftspraxis, als eine nicht üble Ethik angesehen, gelegentlich die Bezeichnungen zu ändern, damit die alten Modelle unbrauchbar werden und neue Waren angeschafft werden müssen, weil dann entweder Erfahrung nicht mehr zu haben sind oder weil die Neuheit des Produktes einen Grund bilden, den Verbraucher zu überreden, daß er das, was er hat, ins Alte ist und sich das Neue anschafft. Mein Geschäftsprinzip ist das blanka Gegenteil. Es ist mir unglaublich, wie ich dem Verbraucher dadurch dienen kann, daß ich ihm ein Produkt liefern, das ich möglichst so gemacht habe, daß es für alle Seiten gilt. Mir reicht es, daß der Mann, der unser Produkt kauft, niemals wieder nötig hat, sich ein anderes anzuschaffen. Wenn nun aber jedes Gut so dauerhaft wie nur möglich und in

größter Menge hergestellt wird, muß da nicht die Welt bald mit Gütern überschwemmt sein? Wird nicht der Zeitpunkt kommen, wo die Bevölkerung, ganz gleich wie der Preis, einfach nichts mehr von dem will, was sie schon besitzt? Und wenn in Produktionsprozessen immer weniger Leute gebraucht werden, wo sollen dann die Überflüssigen Brot und Arbeit finden? Die Frage ist zwar berechtigt, aber doch eigenartig. Denn wo sind jemals durch Verbesserung des technischen Prozesses Leute wirklich beschäftigungsfrei geworden? Der Postfussender verlor seinen Platz durch die Eisenbahn. Gibt diese nicht viel mehr Leuten Brot als der Postfussender? Das Wissensumfang der maschinellen Schuhfabrikation schloß dem Handelschuster die Pforte. Als die Schuhe mit der Hand gemacht wurden, konnten sich nur wohlhabende Leute welche kaufen, während heute die Leute zu zählen sind, die nicht mehr als ein Paar besitzen. Daraus ergibt sich, daß wenn man es so einrichtet, daß ein Mann soviel erzeugt wie über, man den Rücken des Landes vermehrt und ein neuer Platz für den Entlassenen entsteht.

Ständig werde ich gefragt: Wann werden Sie den Zeitpunkt erreicht haben, wo mehr Autos vorhanden sind, als Menschen, die welche wünschen? Nun ist zwar anzunehmen, daß der Tag kommt, wo alle Güter so billig und in solchen Mengen hergestellt werden, daß Überproduktion Laiusche ist. Aber ich sitzt meinem Teil jetzt diesem Zustand nicht mit Sorge, sondern mit großer Genugtuung entgegen, denn nichts Prächtigeres kann ich mir denken, als eine Welt, wo jeder alles das hat, was er bedarf. Meine Sorge besteht vielmehr darin, daß zu lange auf diesen Zukiland gewartet werden muß.

Was mein Produkt, die Autos anbelangt, so ist zu befürchten, daß dieser Zustand noch weit entfernt ist. Ich vermag nicht zu sagen, wieviel Autos eine Familie wünscht, ich weiß nur, daß in dem Maße, wie der Preis heruntergeht, der Bauer, der ursprünglich nur einen Wagen benötigt, sich zwei anschaffen wird und noch ein Lastauto dazu. Dann würde es vielleicht vorteilhaft sein, die Arbeiter nicht mehr in einem Sammelwagen zu ihren getrennten Arbeitsplätzen zu fahren, sondern einem jeden einen besonderen zu geben. Das dürfte auch bei den Geschäftstreitenden der Fall sein. Drückt nur nicht die Höhe, mit viel Geist, erzeugt die Waren besser als bisher, dann wird allen Seiten besser gedient, allen besser genutzt sein.

